Erscheint Wochentags 2 Mal.
Früh 6½ Uhr.
Nachmittag 5½ Uhr.
Sonn- und Festtags
nur früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Morgen-Ausgabe bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 5 Mk., incl. Bringerlohn 6 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 35. Dienstag den 20. Januar 1880. 74. Jahrgang.

Leipzig, 20. Januar.

Preußischer Landtag.

* Berlin, 19. Januar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst der Gesetzentwurf über den Erwerb des Rheinischen und Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahnunternehmens für den Staat erledigt. Die Abgeordneten Röckerath und Richter recapitulirten noch einmal eingehend alle die Gründe, welche sich gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen überhaupt, wie gegen die Art der Durchführung insbesondere vorbringen lassen. Der Abgeordnete Richter äußerte sich wie folgt:

Meine Herren! Ich weiß nicht, ob der Abg. Röckerath im Namen seiner Partei gesprochen hat. Sollten aber seine Aeußerungen sich nicht mit den Anschauungen seiner Fractionsgenossen decken, so möchte ich jene Aeußerungen auch sachlich nicht für richtig halten. Der Abg. Röckerath hat gemeint, daß man der weiteren Verstaatlichung der Bahnen zustimmen müsse, nachdem man einmal diesen Weg betreten hatte. Viel eher sollte man denken, daß Jemand, der für die erste Serie der Verstaatlichung gestimmt hat, jetzt über diese rasche Entwickelung stutzig wird. Der Herr Abgeordnete Miquel hat seinerseits damals erklärt, daß er im Interesse der Geldbewegung ein langsameres Tempo wünsche, und auch Herr Windthorst hat sich abweichend von der heutigen Anschauung des Abg. Röckerath dieser Erklärung mit großem Nachdruck angeschlossen. Leider hat die Warnung des Abg. Miquel keinen Eindruck gemacht. Eine Ausnahme machte der Abg. Meyer (Breslau), der uns früher bekämpfte, jetzt aber auf unsere Seite getreten ist. Auch der frühere Minister Camphausen hat gegen die Verstaatlichung gekämpft, derselbe Minister, der seiner Zeit das Reichseisenbahnproject mit unterzeichnet hat. Er erklärte im Herrenhause, daß er zwar für den Ankauf der Berlin-Stettiner Bahn stimme, nicht aber für die übrigen projectirten Linien, weil er darin eine Vermehrung der Omnipotenz des Staates erblicke. Der Minister hat mit dieser Aeußerung keinen Gesinnungswechsel documentirt. Schon bei der Berathung des Reichseisenbahnprojectes hat er sich dahin geäußert, daß, wenn er die Meinung bekommen sollte, daß die Zustimmung zu diesem Project eine entschiedene Verurtheilung des gemischten Systems wäre, er sich auf die Seite der Gegner schlagen würde. Dies ist nun geschehen, und ich glaube, daß, wenn er seinen Einfluß schon früher geltend gemacht hätte, diese Strömung sich nicht Bahn gebrochen haben würde. In entgegengesetzter Richtung hat sich Herr Stephan ausgesprochen. Er wünscht die Verstaatlichung noch energischer angefaßt zu sehen. Nun, möge der Himmel die Eisenbahnen vor dem Generalpostmeister Stephan bewahren. Er hat gesagt, man müsse einen Frontalangriff machen in der Richtung von Frankfurt a. M. Diese Aeußerung eines dem Reichskanzler so nahe stehenden Mannes hat nun zur Folge gehabt, daß die große Speculation sich auf die Thüringer Actien geworfen hat. Was nun die in Frage stehenden Bahnen im Besonderen betrifft, so werden dieselben nicht denjenigen Ueberschuß abwerfen, welchen sie nach Annahme der Verträge an Zinsrenten kosten. Man hat sich in den Motiven damit getröstet, daß die sonstigen Vortheile das Deficit mehr als decken würden. Auch mit der Ersparniß, welche durch die Centralisirung herbeigeführt wird, hat es nicht viel auf sich, weil Zwischenstationen geschaffen werden müssen und die Oberinstanz viele Kosten erfordert. Dies ist auch von den betheiligten Kreisen sehr wohl empfunden worden, und die rheinisch-westfälischen Interessenten haben sich keineswegs für den Ankauf ihrer Bahn erwärmt. Der Charakter der Generalversammlung in Köln ist Ihnen schon geschildert worden. Bei dieser Generalversammlung hatte das Haus Bleichröder allein 21,767 Actien in der Hand (hört! hört!), die es auf einem Stimmzettel abgab. Die Discontogesellschaft hat 8488 Actien in der Hand gehabt. Hier hat also der Geldbaum ca. 30,000 Stimmen mehr abgegeben als die 347 Anwesenden, die dagegen gestimmt haben, zusammengenommen. Meine Herren, der Herr Minister ist diesen Mächten, die ihm zur Verstaatlichung besonders verholfen haben, glaube ich, um so mehr zum Dank verpflichtet, als er gerade unmittelbar vorher die nicht sehr schmeichelhafte Bemerkung gegen eben diese Börsenmächte gerichtet hat. An demselben Tage schrieb das Organ, welches immer in erster Reihe für die Verstaatlichung eingetreten war: Mit der Unterstützung der Börse darf dieser Minister keine Bahn mehr erhalten, dies sei geradezu Ehrenpflicht der Börse, denn der Minister habe in demselben Augenblick, wo er mit den hervorragendsten Vertretern der Börse fortwährend über die Durchführung der Verstaatlichung verhandelte, diese Unterstützung als von giftiger Stelle kommend bezeichnet. Auf mich haben diese Worte keinen großen Eindruck gemacht, denn bei der Börse herrschen andere Anschauungen als in den gewöhnlichen bürgerlichen Kreisen. Es ist weiter zu notiren, daß die Speculation bei keiner Bahn mehr verloren hat, als bei der Rheinisch-Westfälischen. Im Hochsommer erklärte die Regierung, sie denke nicht daran, diese Bahn zu verstaatlichen. Am 27. August vorigen Jahres richtete nun das Ministerium an die Rheinische Bahn die Anfrage und bezeichnete das Schreiben mit der Journalbezeichnung „secret", ob sie dem Verkaufe zustimmen wolle. Die Antwort erfolgte am 4. September. Aber schon am 9. August war in der „Nordd. Allg. Ztg." von der Absicht der Regierung Kenntniß gegeben worden. Nun bemächtigte sich die Börsenspeculation dieser Sache; die rheinischen Actien stiegen von 100 auf 150. Das hätte nun eine Warnung sein können; es kam aber die Kündigung der Prioritätsactien, welche auf den Cours der Actien überaus günstig gewirkt. Herr Camphausen hat davor gewarnt, von der Vollmacht der Convertirung Gebrauch zu machen. Das Ministerium hat sich verpflichtet, so lange dies Geschäft nicht abgewickelt ist, keine neuen Consols auf den Markt zu bringen, später aber wird sie es doch thun müssen. Wir wollen sehen, wie dann das Geschäft abläuft. Bei dieser Gelegenheit muß ich noch ein paar Worte sagen über die Consortien. Ich glaube, daß der Einfluß der Börse bei den Finanzoperationen des Staates sich verstärken wird. Das Consortium muß dazwischentreten, um das Risico des Geschäfts der Regierung gegenüber zu übernehmen, um durch seine Vermittelung die nothwendigen großen Operationen durchführen zu können. Der Vortheil dieses Consortiums besteht nun darin, daß es als Banquier des Staates erscheint und dadurch an Vertrauen bei dem Publicum gewinnt bei denjenigen Operationen, welche es für sein eigenes Geschäft macht. Es ist sehr leicht möglich, daß sich daraus eine neue Gründungsära entwickelt. Ich denke hier speciell an einen Fall, der zu großen Bedenken Anlaß giebt. Die Seehandlung ist bekanntlich mit einem Prospect betreffs des Südsee-Unternehmens unter der Autorität des Staates vorgegangen. Sie hat sich die Erlaubniß erwirkt, einen amtlichen Brief des Reichskanzlers gewissermaßen als Reclame auf der Börse zu verwenden. (Hört! Hört!) Der Herr Reichskanzler wird nun ja darüber im Reichstage die nöthige Auskunft geben. Ein sehr bedenkliches Moment ist es aber, daß man sich in diesem Prospect an das kleine Capital wendet. M. H.! An das kleine Capital soll man sich niemals wenden in Verhältnissen, die es am wenigsten übersehen kann. (Sehr richtig!) Es ist schwer zu sehen, ob die Bewegung einen schwindelhaften Charakter annimmt. Wenn wir aber in ähnliche Verhältnisse hineintreiben sollten, wie in der Gründerperiode, dann kann ich die Regierung nicht von jeder Verantwortlichkeit in dem Maße freisprechen, wie es damals geschehen konnte. Nun noch ein Paar Worte über die politische Seite. Herr Stephan hat über die Garantien, wie sie hier formulirt worden sind, ein eigenthümliches Urtheil gefällt. Er hat den Eisenbahnrath als eine Coulisse bezeichnet, hinter welche sich die Regierung nach Umständen zurückziehen und aus derselben wieder hervortreten kann. Jedenfalls wird die Beleuchtung von hinten erfolgen. (Heiterkeit.) Ich möchte doch der Commission anheimgeben, darüber nachzudenken, ob es nicht angezeigt ist, gegenüber der sich steigernden Macht der Regierung sichere Garantien zu suchen. Die Abstimmung über den Eisenbahnrath hat uns in zwei gleiche Hälften gespalten. Dies wäre nicht der Fall gewesen, wenn man die Frage in Erwägung gezogen hätte, ob nicht die Controlbefugnisse dieses Hauses erheblich verschärft werden müßten. Wir haben das Recht, bei der Schuldenverwaltung Commissarien zu wählen, die ihrerseits das Recht haben, alle Acten einzusehen. Wäre es nicht ebenso gerechtfertigt, daß Mitglieder dieses Hauses allen Sitzungen von Eisenbahnbehörden beiwohnen? Man würde hierbei lediglich von einem Rechte Gebrauch machen, welches die Verfassung uns giebt. Ferner wäre es sehr wünschenswerth, die Stellung des Eisenbahnministers im Ministerium zu präcisiren durch Stärkung des collegialischen Princips dem Reichskanzler gegenüber, um die Einwirkung der äußeren Politik auf Eisenbahnfragen abwehren zu können. Dadurch würde auch die Frage der Ministerverantwortlichkeit viel schärfer in den Vordergrund treten. Diese ganze Sache gewinnt aber noch ein besonderes Colorit durch die beabsichtigte Verfassungsänderung in Bezug auf die Einberufung des Reichstags. Es liegt nahe, daß man versuchen wird, auch den Landtag nur alle zwei Jahre einzuberufen. Wenn nun dieses Haus nur alle zwei Jahre in die Lage kommt, seine parlamentarische Controle in Eisenbahnangelegenheiten wahrzunehmen, dann bliebe von diesem Recht der Controle fast nichts mehr übrig. Unsere Nachbaren (die Nationalliberalen) haben allerdings nicht die Absicht, dieser Verfassungsänderung zuzustimmen. Aber sind wir sicher, daß auch das Centrum diesem Beispiel folgen wird? Im vorigen Jahre, als es sich auch um eine Verfassungsänderung, um die Beschränkung der Redefreiheit handelte, hat Herr Windthorst mit großer Emphase sich dagegen erklärt. Wird nun das Centrum, welches die Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" auf seine Fahne geschrieben hat, diesen Eingriff in unsere Rechte zurückweisen? Es wird mir zugenickt, aber Sie werden es begreiflich finden, daß ich einen gelinden Zweifel nicht unterdrücken kann. Ich sollte meinen, es müßten Diejenigen, welche der weiteren Verstaatlichung der Eisenbahnen zustimmen, sich wohl überlegen, durch diese Verstaatlichung die Macht der Regierung zu stärken in einem Augenblick, wo dieselbe den Versuch macht, durch jene Verfassungsänderung die Macht der Landesvertretung zu schwächen. (Beifall links.)

Minister Maybach gab im Namen der Regierung die Erklärung ab, daß mit der gegenwärtigen Vorlage der Rahmen der Verstaatlichung der Eisenbahnen vorläufig abgeschlossen sein solle, daß man erst mit dem Gewonnenen sich einrichten und sehen wolle, welche Wirkung die Maßregel für die Staatswirthschaft und für das finanzielle Interesse mit sich bringt. Sehr bemerkt wurde, daß der Minister Maybach sich gegen die im Herrenhause gemachten Aeußerungen des Generalpostmeisters wandte, der eine sehr geringe Meinung von den Eisenbahngarantien hegte; der Minister erklärte sie als ein werthvolles Moment für die gute und tüchtige Verwaltung der Staatsbahnen. Der Finanzminister Bitter stimmte seinem Collegen im Allgemeinen zu und verbreitete sich dann über die Südseegesellschaft wie folgt:

Ich will nur auf eine thatsächliche Aeußerung des Abgeordneten Richter antworten. Das Consortium für das Samoa-Unternehmen besteht aus 16 der sichersten Bankfirmen in Berlin, Köln, Memel, Frankfurt und die Direction wird von der Seehandlung geführt. Die Seehandlung hat auch von mir den Auftrag bekommen, in Angelegenheit der Anleihe für das Samoa-Unternehmen die Initiative zu ergreifen. Dies ist geschehen, denn die preußische Regierung kann sich den Anordnungen des Reichskanzlers in dieser Beziehung nicht widersetzen. Man kann aber auch annehmen, daß Verluste hierbei nicht entstehen werden, obgleich sich diese Frage erst in Zukunft wird klarer beantworten lassen. Es sind zwar widersprechende Stimmen laut geworden; aber das Publicum, das doch auch etwas davon versteht, hat darauf mit einer Ueberzeichnung des Capitals von 3 Millionen geantwortet, ein Beweis, daß Alle die Ueberzeugung von dem guten Bestande des Unternehmens und seinen Vortheilen für das Reich heben.

Der Entwurf wurde der Eisenbahncommission überwiesen. Es wurde sodann in der Etatsberathung fortgefahren und die Etats der Justiz und der Staatsschuldenverwaltung erledigt. Bei den einmaligen außerordentlichen Ausgaben für die Justizverwaltung wird den erheblichen Abstrichen der Budgetcommission zugestimmt.

Die Meldung von einem Rescript des preußischen Ministers des Innern respective des Oberpräsidenten von Westpreußen an mehrere westpreußische Landräthe, wonach diese angewiesen werden, auf socialistische und nihilistische Umtriebe in der dortigen polnischen Bevölkerung ein wachsames Auge zu haben, bedarf in dieser Form einer präciseren Erläuterung und sicherlich auch einer Einschränkung. Man schreibt uns aus Berlin vom Montag: „Wie wir hören, liegt es in der bestimmten Absicht der polnischen Abgeordneten eine diesbezügliche Interpellation an den Grafen Eulenburg zu richten. Ob die Beantwortung derselben und die sachliche Unterlage, auf welche die Regierung sich in dieser Angelegenheit stützt, die sensationelle Nachricht in ihrem vollen Umfange bestätigen wird, bleibt abzuwarten. Hier wohnende Polen versichern, daß in der ländlichen Bevölkerung des Ostens jeder Anhaltepunct für Umsturzbewegungen fehle, so daß die socialdemokratische Agitation dort niemals Boden zu fassen vermocht hatte. Dies treffe in verstärktem Maße für die polnischen Landesangehörigen zu, welche, befangen in dumpfem kirchlichen Banne, stets taube Ohren für Alles haben, was irgendwie nach einem communistischen Evangelium aussieht. Gleichwohl mag den Gerüchten, welche die Regierung zu ihren Maßregeln veranlaßten, etwas Thatsächliches zu Grunde liegen. Das nihilistische Manöver, unter den russischen Bauern die Erwartung auf eine neue Landesvertheilung zu ihren Gunsten zu erregen und sie durch die Enttäuschung dieser Hoffnung in das Lager der Unzufriedenen zu ziehen, ist auch in den ehemals polnischen Gebietstheilen Rußlands versucht worden; mit welchem Erfolg, darüber lauten die Nachrichten widersprechend. Es liegt die Wahrscheinlichkeit nahe, daß ein Nachklang dieser Bewegung auch über die deutsche Grenze herandrang, und zwar vermuthlich ganz spontan, ohne bewußte Nachhülfe von Seiten der slavischen Revolutionsparteien. Jedenfalls ist eine autoritative Aufklärung dringend wünschenswerth." So weit der Bericht.

Die vaticanische „Aurora" antwortet auf den Artikel der „Provinzial-Correspondenz" betr. die Competenz des preußischen Cultusministers mit einigen Sätzen, die in der Uebersetzung der „Germania" wie folgt lauten:

„Die „Provinzial-Correspondenz" von Berlin bemerkt, wie wir aus einem Telegramm der „Agencia Stefani" erfahren, daß die „Aurora" in ihrem Artikel „Bismarck und der Vatican" bestrebt gewesen sei, die ganze Verantwortlichkeit für die Verhandlungen mit dem h. Stuhl dem Fürsten-Reichskanzler aufzubürden, und die anderen Minister bei Seite gelassen habe. Wir wissen sehr wohl, daß in Preußen ein Ministerium für äußere Angelegenheiten besteht, wie es eins für den Cultus giebt, und daß die hohen Persönlichkeiten, welche durch das Vertrauen des Kaisers zu diesen hohen Aemtern berufen sind, eine Stimme bei den Beschlüssen der Regierung in Betreff der Beziehungen zur katholischen Kirche haben und folglich auch eine große Verantwortlichkeit tragen.

„Wir haben vom Fürsten Bismarck allein gesprochen aus folgenden Gründen. Wenn ein Mann seiner Nation solche Dienste leisten konnte, wie der Fürst Bismarck sie geleistet hat, und wenn er die treibende Kraft für jene Thaten war, welche die Welt in Erstaunen setzten und welche den Einfluß und die politischen Interessen verrückten, so gelangt man natürlich zu der Annahme, daß er in dem Rathe seines Landes eine unbestreitbare Autorität habe, und daß seine Collegen sicherlich mit der größten Bereitwilligkeit seinen Willen und seine Pläne unterstützen werden.

„Die Correspondenz erwähnt, der Fürst leite die Politik des Reiches. Kann nun, möchten wir fragen, die Losung der religiösen Frage im Reiche dieser Politik vollständig fremd sein? Uebrigens waren die Worte, welche wir als unsere Privatmeinung und nicht in Folge irgend welcher Inspiration geschrieben haben, von dem Bewußtsein der gewaltigen Bedeutung dictirt, welche der an der Spitze der Regierung des neuen Reiches stehende Staatsmann in den Augen seiner Freunde, sowie seiner Feinde hat. — Wenn auf religiösem Gebiete der Friede zu Stande kommt — wenn auch nicht durch das ausschließliche Wirken, so doch in Folge des gewichtigen Einflusses des Kanzlers — so wird er für sich und für das Wohl seines Vaterlandes viel gethan haben. Frei an sich, umgeben hingegen von dem h. Stuhl feindlich gesinnten Einflüssen, zeigt er dann einen Muth, würdig erhabener Geister, indem er die Vorstellungen der katholischen Kirche als begründet anerkennt und ihr eine Stellung und die Freiheit wiedergiebt, deren sie bedarf, um ihre Mission zu erfüllen, welche auch für die bürgerliche Gesellschaft Vortheile mit sich bringt."

Wie von der „Zinne des Tempels" herab gesehen, liegt da der Ruhm und Lohn ausgebreitet, den die „Aurora" dem deutschen Kanzler zu vergeben hat.

* * *

Aus Pest verlauten seit einigen Tagen Gerüchte über eine Ministerkrisis. Es heißt, daß der ungarische Ministerpräsident Herr v. Tißza zurücktreten werde. Diesen Nachrichten ist keine Glaubwürdigkeit beizumessen. Auch hat man sich über die Pester Vorgänge bereits beruhigt, nur werden die Umtriebe, deren Schauplatz die ungarische Hauptstadt doch noch immer ist, ein wachsames Auge erheischen; denn es wäre bereits „erwiesen", daß die Bewegung socialdemokratischen Ursprungs (?) war, daß an derselben viele der socialdemokratischen Partei angehörende Arbeiter in den Pester Fabriken betheiligt waren, und daß die Duell-Affaire nur dazu benutzt worden, um einen seit langer Zeit vorbereiteten und organisirten Tumult zum Ausbruch zu bringen. In der Bevölkerung hat diese Agitation keinen Boden, und es ist gewiß charakteristisch, daß das Organ der äußersten Linken, der „Egyetértes," constatirt: es sei während der viertägigen Ausschreitungen auch nicht zu einem einzigen gegen die Regierung gerichteten Rufe gekommen.

Wie aus Prag gemeldet wird, scheinen dort in letzterer Zeit wieder socialistische Agitatoren ihr Unwesen zu treiben. Diesmal haben sie es namentlich auf tschechische Arbeiterkreise abgesehen, die allerdings in Prag die arbeitende Hauptmasse bilden. Die öffentlichen Lokale, wo die tschechischen Socialistenführer mit ihren Anhängern verkehren, werden seit einiger Zeit von der Polizei schärfer als je überwacht und mehrere Arbeiterversammlungen sind von der Behörde verboten worden. Daß diese Agitation von socialistischen Geheimbünden vom Auslande her genährt wird, beweist unter Anderm der Umstand, daß vor einigen Tagen auf dem Prager Hauptzollamte eine Sendung socialistischer Broschüren in tschechischer Sprache mit Beschlag belegt wurde, welche in den Arbeiterkreisen verbreitet werden sollte.

Das von uns signalisirte Dementi, welches der „Russ. Inv." den alarmirenden Gerüchten von angeblichen russischen Truppenconcentrationen an der Westgrenze des Reiches applicirt hat, lautet wörtlich:

„In letzter Zeit begannen die deutschen (?) und österreichischen (?) Zeitungen wiederum in Form von Telegrammen äußerst sensationelle Nachrichten über angebliche, an unseren Westgrenzen stattfindende militairische Rüstungen zu veröffentlichen. — Diese Gerüchte, die mit den factischen, vollständig freundschaftlichen Beziehungen der Mächte in Nichts in Einklang stehen, erregen die Gesellschaft in schädlicher Weise. Daher halten wir es für unsere Pflicht, dieselben kategorisch zu dementiren und zu erklären, daß alle Meldungen über Verstärkung und Concentrirung unserer Truppen im Czarthum Polen und an der Grenze, wie auch über außerordentliche Rüstungen unsererseits, unbedingt in das Gebiet der Fabel gehören.

„Die Maßnahmen unserer Regierung verfolgen unabweichbar nur friedliche Zwecke und in unserer Armee findet nicht nur keine Vermehrung statt, sondern im Gegentheil eine ununterbrochene Verminderung, und erst im December des verflossenen Jahres wurden in allen Compagnien, Schwadronen und Batterien mit einem Mal mehrere Mann ausgeschieden, wodurch eine Verminderung von gegen 36,000 Mann gegen die Normaletats in Friedenszeit erzielt wurde."

SLUB
Wir führen Wissen.